



Der Bundesrat ergreift Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege

Der Bundesrat will mehr Fachkräfte für die Langzeitpflege gewinnen und das Pflegepersonal länger im Beruf halten. Er hat Mitte Dezember 2016 entschieden, das Image der Langzeitpflege zu fördern sowie Kurse für den Wiedereinstieg und konkrete Verbesserungen der Arbeitsumgebung finanziell zu unterstützen.

Die Massnahmen sind Teil der Fachkräfteinitiative. Text: SBFJ

Dankbar, aber unbeliebt: die FaGe-Lehre in der Langzeitpflege



Über 90 Prozent der Alters- und Pflegeheime bezeichnen ihre Rekrutierungssituation als schwierig oder sehr schwierig. Der Nachwuchs zeigt wenig Interesse an einer Karriere in der Langzeitpflege: Nur ein Fünftel der befragten jungen Fachangestellten (FaGe) sieht seine Zukunft dort. Die angehenden Pflegefachkräfte befürchten, dass die Karriere- und Lernchancen in der Langzeitpflege gering sind und ein späterer Wechsel in den Akutbereich kaum möglich ist. Eine Analyse der Daten aus der Strukturerhebung zum Gesundheitspersonal zeigt zudem, dass 46 Prozent der diplomierten Pflegefachkräfte aus dem Beruf aussteigen.

Personal durch Imagekampagne und

Wiedereinstiegsprogramm gewinnen

Unter der Federführung des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sollen der Bund und die Organisationen der Arbeitswelt (OaA) ab 2018 eine Kampagne lancieren, um das Image der Ausbildungen und der Karriere in der Langzeitpflege zu verbessern. Diese soll angehende Pflegefachkräfte für eine Ausbildung in der Langzeitpflege motivieren, über Karrieremöglichkeiten informieren und Vorurteile abbauen.

Zudem hat der Bundesrat das SBFI beauftragt, kantonale Förderprogramme für Wiedereinsteigende in die Langzeitpflege finanziell zu unterstützen. Mit der Übernahme der Kosten für Wiedereinstiegsurse sollen Bund und Kantone von



2018 bis 2022 gemeinsam 2000 diplomierte Pflegefachkräfte dafür gewinnen, in die Langzeitpflege zurückzukehren. Wiedereinstiegskurse werden von einzelnen Kantonen bereits heute erfolgreich angeboten. Die Kosten pro Kurs belaufen sich auf 2000 bis 5000 Franken.

Arbeitsumgebung verbessern und Verweildauer im Beruf erhöhen

Die Arbeitsumgebung ist entscheidend, damit Fachkräfte sich mit dem Pflegeberuf und ihrem Betrieb identifizieren und dort länger bleiben. Der Bundesrat hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) beauftragt zu klären, wie der Einfluss der Arbeitsumgebung auf die Berufsverweildauer in Institutionen der Langzeitpflege einfach festgestellt werden kann. Ab 2019 sollen aufbauend auf diesen Erkenntnissen gezielt

Betriebe der Langzeitpflege finanziell unterstützt werden, die zentrale Faktoren der Arbeitsumgebung verbessern wollen.

40 000 zusätzliche Pflegefachkräfte nötig

Bis 2025 sind gemäss dem Schweizerischen Gesundheitsobservatorium in der Pflege 40000 zusätzliche Personen nötig, 70 Prozent davon in der Langzeitpflege. Obwohl es Bund und Kantone in den letzten Jahren gelungen ist, die Ausbildungsabschlüsse in

den Pflegeberufen beträchtlich zu steigern, besteht gemäss Nationalem Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2016 weiterhin eine Lücke zwischen dem jährlichen Bedarf und den erreichten Abschlüssen. Diese Lücke ist besonders gross bei den diplomierten Pflegefachkräften auf Stufe Fachhochschule und höhere Fachschule, wo 2014 nur 43 Prozent der erforderlichen Abschlüsse erreicht wurden. Von 2010 bis 2014 kamen 40 Prozent der neu angestellten Pflegefachkräfte aus dem Ausland. Insgesamt stammt heute ein Drittel der Pflegefachkräfte aus dem Ausland.

Die Massnahmen bauen auf dem Anfang des letzten Jahres abgeschlossenen Masterplan Bildung Pflegeberufe auf und sind Teil der Fachkräfteinitiative (FKI) zur besseren Ausschöpfung des inländischen Potenzials. Die Institutionen des Gesundheitswesens benötigen qualifizierte Fachkräfte mit Abschlüssen auf allen Bildungsstufen. So hat der Bundesrat im Rahmen der FKI und vor dem Hintergrund des tendenziell erschwerten Zugangs zu ausländischen Fachkräften infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative u.a. bereits eine Erhöhung der Anzahl Abschlüsse in Humanmedizin und gezielte Massnahmen für die Integration von erwerbsfähigen Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsprozess beschlossen. ■